

Der Abbau von Sozialleistungen ist nicht allein das Problem der Beschäftigten in der Sozialversicherung.

**Wir alle sind die Leidtragenden – als Beitragszahler,
als „Kunden der Sozialversicherung“, als Patienten.
Es geht um unsere gemeinsame soziale Sicherheit!**

Bei Arbeitsunfällen, Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit und gerade im Alter brauchen wir eine funktionierende, solidarische Sozialversicherung mit gut erreichbaren Beratungsstellen und kompetentem Fachpersonal, das sich ausreichend Zeit nehmen kann für unsere Fragen und Probleme.

Wir meinen, es reicht! – Seit mehr als 30 Jahren werden unsere bisherigen sozialen Errungenschaften schleichend abgebaut.

In den 70er Jahren sollten es die Versicherten gewesen sein, die durch Leistungsmisbrauch die Sozialsysteme schädigten. In den 80ern war es die „Kostenexplosion“ in der Sozialversicherung – inzwischen ebenfalls als Märchen entlarvt. Heute sind es angeblich die Lohnnebenkosten, die den Standort Deutschland gefährden.

Stets gleiches Ziel: Schutzrechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abbauen, höhere Beitragsanteile auf die Beschäftigten abwälzen, soziale Leistungen reduzieren.

Versprechungen der Arbeitgeber, damit würden neue Arbeitsplätze geschaffen und Arbeitslosigkeit reduziert, blieben bis heute offensichtlich unerfüllt

*Vielmehr ist es populär, beim Verteilungskampf um die Beitragsmilliarden der Versicherten mit angeblich zu hohen Verwaltungs- und Personalkosten der Sozialversicherungen zu argumentieren. **Ein weiteres Märchen, das von den eigentlichen Problemen ablenken soll.***

In den letzten Jahren hatten die Beschäftigten der Sozialversicherungen eine unüberschaubare Flut von Gesetzesregelungen umzusetzen, so zum Beispiel:

- ungezählte Rentenreformgesetze
- „Aufbau Ost“
- Einführung der Pflegeversicherung
- „Umbau“ der Arbeitsämter

Regelungen, mit denen Politiker Verwaltungsaufwand in die Höhe getrieben und Bürokratie aufgebläht haben.

Mehr Sozialgesetze = mehr Personal = höhere Verwaltungskosten?

Diese Rechnung geht unter dem Strich nicht auf!

b.w.

Nicht nur hier in Essen haben die Beschäftigten der Kranken- und Pflegekassen, der Renten- und Unfallversicherungen und des Arbeitsamtes die staatliche Regelungsflut klaglos

geschultert. Unzählige Überstunden werden geleistet, um für Sie stets auf dem aktuellen Wissenstand zu sein. Die Personaldecke ist bereits zu dünn und schließlich sollen ja die Beiträge stabil bleiben.

Seit Jahren gibt es in Essen kaum Neueinstellungen bei den Sozialversicherungsträgern, sondern vielmehr Personalabbau.

Und das Netz der Betreuungsstellen wird reduziert.

Verwaltungskosten sind in hohem Maße auch Servicekosten.

§ 17 Sozialgesetzbuch I: „Die Leistungsträger sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass jeder Berechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen in **zeitgemäßer Weise**, umfassend und zügig erhält ...“

Wie soll das funktionieren mit einer personeller Mangelbesetzung?

Der Fachbereich „Sozialversicherung“ des ver.di Bezirks Essen und die Beschäftigten der Sozialversicherungsträger in Essen fordern:

- *Eine Sozialpolitik, die sich mehr und mehr am Interesse der Unternehmer orientiert, darf es nicht länger geben.*
- *Die Maßnahmen der Politik dürfen unsere sozialstaatlichen Leistungen nicht länger abbauen.*
- *Zur Verarmung ganzer Bevölkerungskreise und zu einer „Zwei-Klassen-Medizin“ darf es nicht kommen.*
- *Der Staat darf sich nicht aus seiner sozialpolitischen Verantwortung stehlen durch Aushöhlung oder gar Abschaffung ganzer Sozialversicherungszweige.*
- *Sozialversicherung muss paritätisch durch Beschäftigte und Unternehmer finanziert werden; die Beitragslast darf nicht allein den Beschäftigten aufgebürdet werden.*
- *Arbeitslose dürfen nicht für Managementfehlleistungen bestraft werden.*

Schluss mit den Märchen!

Schluss mit fehlgesteuerter Sozialpolitik!

V.i.S.d.P.: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bezirk Essen, Schützenbahn 11-13, 45127 Essen;
Detlef Schulz, stell. Geschäftsführer u. Manfred Schäfer, stell. Vorsitzender